

## PRESSEINFORMATION

### 20 JAHRE UN-RESOLUTION 1325

*medica mondiale* feiert die UN-Resolution 1325 als Initialzündung für eine internationale Politik, die vor 20 Jahren erstmals offiziell anerkannte, dass Frauen und Mädchen eine entscheidende Rolle für Frieden und Sicherheit spielen.

Doch trotz dieses bahnbrechenden Erfolgs tun Regierungen weltweit noch immer zu wenig für konkrete Verbesserungen: Die 'Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit' ist bisher für die meisten Frauen und Mädchen, die weltweit in Kriegsgebieten leben, eine rhetorische Absichtserklärung geblieben statt gelebter Realität.

*medica mondiale* verfolgt seit 20 Jahren die Umsetzung der Resolution und nimmt das Jubiläum als Anlass für eine frauenpolitische Bilanz.

### INHALT:

Die UN-Resolution 1325 und die Agenda  
'Frauen, Frieden und Sicherheit' - ein Überblick (Seite 1-2)

20 Jahre 1325 - eine Bilanz (Seite 2-4)

Empfehlungen für den Dritten Nationalen Aktionsplan der  
Bundesregierung (Seite 4-5)

**KONTAKT** *medica mondiale* e.V.  
Pressereferentin Helena Haack  
[presse@medicamondiale.org](mailto:presse@medicamondiale.org)  
0221 931898 25

## **DIE UN-RESOLUTION 1325 UND DIE AGENDA “FRAUEN, FRIEDEN UND SICHERHEIT” - EIN ÜBERBLICK**

Am 31. Oktober 2000 verabschiedete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UN) einstimmig die Resolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“. Zum ersten Mal überhaupt befasste sich der Rat ausschließlich mit der Situation von Frauen und Mädchen in Kriegskontexten und stellte dabei fest, dass „ein Verständnis der Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Frauen und Mädchen, wirksame institutionelle Vorkehrungen zur Gewährleistung ihres Schutzes und ihre volle Mitwirkung am Friedensprozess in erheblichem Maße zur Wahrung und Förderung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit beitragen können“. Das UN-Gremium formulierte in der Resolution 1325 Forderungen und Maßnahmen, die sich sowohl an UN-Institutionen und Mitglieder sowie Akteure in bewaffneten Konflikten richten, zu folgenden Themen (auch bekannt als die 5 Ps):

- Partizipation von Frauen an Friedensprozessen
- Protektion von Frauen und Mädchen insbesondere vor SGBV
- Prosekution der Täter
- Prävention von bewaffneten Konflikten
- Präsentation von Frauen in allen Institutionen und auf allen Entscheidungsebenen

### **PARADIGMENWECHSEL “MENSCHLICHE SICHERHEIT”**

Die Resolution 1325 war bahnbrechend. Denn sie stellt im Gegensatz zum klassischen Sicherheitskonzept nicht den Staat in den Mittelpunkt der Sicherheitspolitik, sondern den Schutz von Frauen und Mädchen sowie ihre zentrale Rolle als Akteurinnen für Frieden. **Sie spiegelt damit das Konzept der menschlichen Sicherheit wider.** Das Ziel der menschlichen Sicherheit ist die Freiheit aller Menschen von Angst - insbesondere auch vor Bedrohungen durch sexualisierte Gewalt - und die Sicherung existenzieller Bedürfnisse und Menschenrechte.

Dieser Paradigmenwechsel ist vor allem dem unermüdlichen Engagement von Frauenrechts- und Friedensaktivistinnen zu verdanken, die sich seit der Weltfrauenkonferenz in Peking 1995, dafür eingesetzt haben, dass das Thema auch vom Sicherheitsrat behandelt wird.

Auch empirische Erkenntnisse belegen den Zusammenhang von Frieden, Sicherheit und Geschlechtergerechtigkeit: Nehmen Frauen beispielsweise direkt Einfluss auf Friedensverhandlungen als Beobachterinnen, Unterzeichnerinnen, Mediatorinnen oder Verhandlerinnen, dann steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Friedensabkommen halten in den ersten zwei Jahren um 20 Prozent und über 15 Jahre um 35 Prozent<sup>1</sup>.

**Die Resolution 1325 ist internationales Recht.** Mitgliedstaaten der UN sind verpflichtet, diese umzusetzen. Allerdings gibt es keine Sanktionsmechanismen bei Nicht-Umsetzung. Sie gilt daher

---

<sup>1</sup> Laurel Stone, Study of 156 Peace Agreements, Controlling for other Variables, Quantitative Analysis of Women’s Participation in Peace Processes in Reimagining Peacemaking: Women’s Roles in Peace Processes, Annex II, zu finden unter <https://www.ipinst.org/wp-content/uploads/2015/06/IPI-E-pub-Reimagining-Peacemaking-rev.pdf>. Vgl. auch Inclusive Peace & Transition Initiative und UN Women, Making Women Count – Not Just Counting Women: Assessing Women’s Inclusion and Influence on Peace Negotiations, Genf 2016.

als sogenanntes Soft Law. Die Resolution ist jedoch mit Verabschiedung durch den Sicherheitsrat gültig und muss weder von Mitgliedstaaten unterzeichnet noch ratifiziert werden.

### **AGENDA FRAUEN, FRIEDEN UND SICHERHEIT**

Mit neun Folgeresolutionen (1820, 1888, 1889, 1960, 2106, 2122, 2242, 2467 und 2493) hat der Sicherheitsrat seit 2000 eine umfassende Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ geschaffen und weitere Forderungen und Maßnahmen formuliert. Doch gegenwärtig steht die Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ politisch unter Druck. So versuchen einige Mitglieder im UN Sicherheitsrat die Agenda aufzuweichen und stellen bereits Vereinbartes erneut in Frage. Es ist daher wichtig den normativen Rahmen auf internationale Ebene zu verteidigen und priorität die praktische Umsetzung der Agenda voranzubringen.

### **DIE BUNDESREGIERUNG UND DIE UN-RESOLUTION 1325**

Die Bundesregierung tat sich lange Zeit schwer, die Agenda ernst zu nehmen und vergab damit zwölf Jahre lang das friedenspolitisch Potential der Agenda. Erst 2012 verabschiedete das Kabinett den Ersten Nationalen Aktionsplan (NAP). Dieser war wenig wirkungsorientiert ausgerichtet und das politische Interesse war gering. Gegenwärtig erarbeitet die Bundesregierung ihren Dritten NAP 1325. Politisch erfährt die Agenda vor allem im Rahmen deutscher Außen- und Entwicklungspolitik höhere Aufmerksamkeit. So hat die Bundesregierung das Thema zu einem Schwerpunkt ihrer nichtständigen Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat gemacht und im Deutschen Bundestag haben eine Reihe von Ausschusssitzungen und Plenardebatten stattgefunden.

Die Ressorts der Interministeriellen Arbeitsgruppe (bestehend aus Auswärtigem Amt, Bundesinnenministerium, Verteidigungsministerium, Justizministerium, Familienministerium, Entwicklungsministerium) sowie zivilgesellschaftliche Organisationen wirkten bei der Umsetzung des Nationalen Aktionsplans mit.

## **20 JAHRE UN-RESOLUTION 1325 – EINE BILANZ**

Seit vielen Jahren begleitet *medica mondiale* die Arbeit der Bundesregierung kritisch und fordert die Umsetzung der Resolution, damit dieses Papier zu einer wirkungsvollen Schutzmaßnahme für unsere Partnerorganisationen in Afghanistan, Liberia oder Kosovo wird.

Beide, die Resolution und die Frauenrechtsorganisation *medica mondiale* entstanden u.a. vor dem Hintergrund der immensen sexualisierten Gewalt im Bosnienkrieg Anfang der 90er Jahre.

Seit der Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 hatten sie sich die internationale feministische Bewegung dafür eingesetzt, dass das Thema auch vom Sicherheitsrat behandelt wird. So ist es schließlich gelungen mit der UN-Resolution 1325 einen rechtlich bindenden Rahmen zu schaffen. Die Resolution ist ein klarer Erfolg der internationalen feministischen Bewegung.

Die Verabschiedung der Resolution 1325 markiert den Moment in dem sich das mächtige Gremium UN-Sicherheitsrat zum ersten Mal ausschließlich mit der Situation von Frauen und Mädchen in Kriegskontexten befasste. Der Rat stellte dabei fest, dass der Schutz von Frauen und Mädchen sowie ihre volle Mitwirkung am Friedensprozess zur Wahrung des Weltfriedens

beitragen. Mit neun Folgeresolutionen haben die Vereinten Nationen seitdem eine umfassende Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ geschaffen.

Die Vereinten Nationen sowie ihre Mitgliedstaaten sind verpflichtet, die Agenda vollumfassend umzusetzen.

**Trotz dieser bedeutsamen normativen Errungenschaft ist die Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ für die 264 Millionen Frauen und Mädchen, die in Kriegsgebieten auf der ganzen Welt leben, eher eine rhetorische Absichtserklärung geblieben als gelebte Realität<sup>2</sup>.** Noch immer fehlt der politische Wille, um die Agenda zu verwirklichen.

Konkrete Fortschritte müssen auch heute noch von Frauenrechtsaktivistinnen weltweit hart erkämpft werden, etwa wenn es um die Mitwirkung von Frauen an den Friedensverhandlungen in Afghanistan geht. Oder aber, wenn die Täter sexualisierter Gewalt im Irak endlich vor Gericht gestellt werden sollen.

Bis heute stellen vornehmlich Frauenrechtsorganisationen qualifizierte Unterstützung für Überlebende bereit und setzen sich für die Rechte von Betroffenen ein. Für ihr Engagement werden Frauenrechtsaktivist\*innen weltweit politisch unter Druck gesetzt und sogar mit Gewalt bedroht. Der diplomatische Schutz von Frauenrechtsverteidiger\*innen ist deswegen seit vielen Jahren eine Kernforderung von *medica mondiale*. Diplomaten\*innen haben Möglichkeiten Frauenrechtsaktivist\*innen zu unterstützen aber häufig nutzen die Auslandsvertretungen diese Möglichkeiten nicht ausreichend. *medica mondiale* fordert, dass es verbindliche, geschulte Ansprechpersonen in jeder Botschaft gibt, damit es kein Zufall ist ob unsere afghanische Kollegin auf eine Botschafter\*in trifft, die für das Thema sensibilisiert ist. Aktuell ist es mehr Zufall oder Glück ob bedrohte Frauenrechtsverteidiger\*innen diplomatischen Schutz bekommen. Die Resolution 1325 sollte diesen Schutz strukturell, das heißt langfristig und verantwortungsvoll, garantieren.

Insbesondere auch mit Blick in die Zukunft: Denn gegenwärtig erleben wir einen Backlash in Sachen Frauenrechte. Die Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ steht politisch unter Druck. So untergraben einige mächtige Mitglieder im Sicherheitsrat wie Russland, China oder die USA Frauenrechte und stellen etwa das Selbstbestimmungsrecht von Frauen und Mädchen erneut in Frage. Dies haben unter anderem die Verhandlungen zur 2019 verabschiedeten Resolution 2467 gezeigt. So wurden Dienstleistungen für die sexuelle und reproduktive Gesundheit von Überlebenden geschlechtsspezifischer Gewalt auf Druck der aktuellen US-Regierung aus dem Resolutionsentwurf gestrichen. Dazu zählt beispielsweise der Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen. Durch solche zusätzlichen Resolutionen besteht die Gefahr, dass bereits Vereinbartes aufgeweicht oder gar zunichtegemacht wird. **Deshalb ist es wichtig, die bestehenden Resolutionen in ihrem Wortlaut auf internationaler Ebene zu verteidigen und prioritär die praktische Umsetzung der Agenda voranzubringen.**

Die Bundesregierung, als einflussreiche politische Akteurin sowie wichtige Geldgeberin, kann hierzu einen bedeutsamen Beitrag leisten.

Lange Zeit tat sie sich jedoch schwer, die Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ ernst zu nehmen: **Es dauert zwölf Jahre bis die Bundesregierung sich Ende 2012 dazu durchringen**

---

<sup>2</sup> Georgetown Institute for Women, Peace and Security, April 2019, zu finden unter <https://giwps.georgetown.edu/womens-work-in-fragile-conflict-affected-countries/>

**konnte, einen ersten Nationalen Aktionsplan, einen Fahrplan zur Umsetzung der Resolution aufzustellen.** Wichtig dafür war der internationale Druck während der Nicht-Ständigen Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat sowie zivilgesellschaftlicher Druck.

Der erste Aktionsplan galt für den Zeitraum von 2013 bis 2016, war wenig wirkungsorientiert ausgerichtet und hatte erhebliche Mängel: Es fehlten Kontrollmechanismen, zeitliche Vorgaben und Indikatoren zur Überprüfung des Umsetzungsfortschritts der angestrebten Ziele. Diese Mängel wurden auch im zweiten Nationalen Aktionsplan nicht behoben, der Anfang 2017 beschlossen wurde. Trotz der Finanzierung zahlreicher Projekte zur Förderung von Frauenrechten in bewaffneten Konflikten mangelte es noch immer an der kohärenten Umsetzung in allen relevanten Politikfeldern – sei es bei der Fluchtursachenbekämpfung oder zivilen Krisenprävention.

In der aktuellen Legislaturperiode misst die Bundesregierung der Agenda höhere Bedeutung bei und kann einige Fortschritte verzeichnen. So hat die Bundesregierung das Thema zu einem Schwerpunkt ihrer nichtständigen Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat gemacht.

Außerdem erarbeitet die Bundesregierung gegenwärtig ihren Dritten Nationalen Aktionsplan, um der Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ in der deutschen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik Rechnung zu tragen. Gemeinsam mit anderen NGOs hat *medica mondiale* ein ausführliches [Policy Briefing](#) erarbeitet, in dem Forderungen und konkrete Maßnahmen beschrieben werden.

Nach wie vor ist es problematisch, dass die Bundesregierung die Agenda vor allem oberflächlich als Frauenförderungsinstrument behandelt. Als „Frauenförderungsinstrument“ werden jedoch nur die Symptome behandelt, z.B. die geringe Repräsentation von Frauen, nicht aber die Machtverhältnisse generell in Frage gestellt: Tiefergehende geschlechtersensible Konfliktanalysen und Folgeabschätzungen von politischen Entscheidungen existieren kaum.

Wie unerlässlich solche Analysen sind, zeigen jedoch die Herausforderungen unserer Zeit: Ob Corona-Pandemie, Klimakrise oder der weltweit zunehmende Demokratieabbau – sie alle stellen eine Gefahr für Frieden und Sicherheit dar. Sie haben geschlechtsspezifische Auswirkungen und bedürfen geschlechtergerechter Lösungen. In ihrem Aktionsplan sollte sich die Bundesregierung daher dazu verpflichten, ihre Politik im In- und Ausland geschlechtergerecht zu gestalten.

## Empfehlungen für den Dritten Nationalen Aktionsplan

Damit die UN-Resolution in Deutschland erfolgreich umgesetzt werden kann, muss der Dritte Nationale Aktionsplan wirkungsorientierter ausgerichtet werden und mit ausreichend finanziellen Ressourcen ausgestattet werden. *medica mondiale* fordert die Bundesregierung auf, die folgenden fünf Punkte einzubeziehen:

### 1. Überlebende und ihre Bedürfnisse in den Mittelpunkt der Unterstützung stellen

Als politische Akteurin sowie Geldgeberin kann die Bundesregierung im Rahmen ihrer Außen- und Entwicklungspolitik einen wichtigen Beitrag leisten, um die Situation von Betroffenen zu verbessern. In ihrem Aktionsplan sollte sie daher einen Schwerpunkt auf die Unterstützung von Überlebenden legen. Konkret bedeutet das, ganzheitliche und traumasensible Unterstützungsangebote langfristig zu fördern und somit dazu beizutragen, nachhaltige

Schutzstrukturen aufzubauen. Dies schließt den legalen Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen, Notfallverhütung und anderen Leistungen für die sexuelle und reproduktive Gesundheit aller Überlebenden ein.

## **2. Gesellschaftspolitische Ansätze zur Anerkennung von Traumata fördern**

Um gesellschaftlicher Stigmatisierung und transgenerationaler Traumatisierung entgegenzuwirken, müssen das soziale Umfeld insbesondere die Familien, staatliche Unterstützungssysteme, Politik und Gesellschaft in die Bewältigung der Traumata einbezogen werden. Durch die finanzielle Förderung sowie politische Unterstützung von gesellschaftspolitischen Maßnahmen – wie etwa der Kriegsrente in Bosnien und Herzegowina sowie anderen Formen politischer und gesellschaftlicher Anerkennung – kann die Bundesregierung einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung des erlebten Unrechts leisten. Wichtige Maßnahmen sind auch Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit zur Veränderung von diskriminierenden Geschlechterstereotypen und gegen Sexismus sowie die Stärkung von Zivilgesellschaft in ihrer Rolle als Watchdog.

## **3. Strafrechtliche Verfolgung der Täter stärken**

Die Bundesregierung sollte außerdem die strafrechtliche Verfolgung sexualisierter Gewalt durch Strafverfolgungsbehörden in Deutschland in den Verfahren nach dem Weltrechtsprinzip stärken. Dies erfordert dringend die Bereitstellung von Ressourcen sowie den Aufbau von Genderkompetenz und Trauma-Expertise in deutschen Justiz- und Sicherheitsbehörden. Zudem müssen Gewaltbetroffene, die Zeugenaussagen vor Gericht leisten, über ihr Recht auf Nebenklage aufgeklärt werden und dieses in der Praxis auch wahrnehmen können.

## **4. Überlebende an Friedensprozessen beteiligen**

Um selbstbestimmte Lebensperspektiven zu entwickeln, müssen Überlebende die Möglichkeit erhalten, Friedens- und Wiederaufbauprozesse aktiv mitzugestalten. Denn in formellen Friedensprozessen werden Frauen systematisch nicht einbezogen; dabei werden die Ungleichheit und Diskriminierung wiederholt, die Konflikte und Gewalt überhaupt erst verursacht haben. Die Bundesregierung sollte daher die Beteiligung von Frauen, Aktivistinnen und Überlebenden an Friedensverhandlungen politisch und finanziell unterstützen.

## **5. Asylverfahren traumapolitisch ausgestalten**

Auch innenpolitisch besteht Handlungsbedarf. So gilt es, Asylverfahren in Deutschland traumasensibel auszugestalten, damit Überlebende in einem geschützten Rahmen die Möglichkeit erhalten, sexualisierte Gewalt als Asylgrund zu benennen. Dazu müssen unter anderem Anhörende und Sprachvermittelnde entsprechend geschult werden.

Gemäß der Istanbul-Konvention müssen geflüchtete Frauen und Mädchen zudem in Unterkünften vor erneuter Gewalt geschützt werden. Hierfür müssen wirksame Gewaltschutzkonzepte entwickelt und flächendeckend umgesetzt werden.

## Über medica mondiale

*medica mondiale* setzt sich seit 1993 für Frauen und Mädchen in Kriegs- und Krisengebieten ein. Dabei versteht sich die Organisation als Anwältin für die Interessen von Frauen, die sexualisierte Kriegsgewalt überlebt haben. Neben medizinischer, psychosozialer und rechtlicher Unterstützung bietet *medica mondiale* auch Programme zur Existenzsicherung und leistet Präventionsarbeit.

Frauen und Mädchen, die Gewalt erfahren haben, erhalten konkrete und professionelle Hilfe vor Ort – ungeachtet ihrer politischen, ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit. Auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene tritt *medica mondiale* gemeinsam mit anderen Aktivist\*innen für die Rechte, den Schutz und die Beteiligung von Frauen ein.

Die gemeinnützige Organisation setzt Projekte vorrangig mit lokalen Frauenorganisationen um und fördert deren Vernetzung. Durch Fortbildungen im Projekt- und Finanzmanagement und dem eigens entwickelten „STA – stress- und traumasensiblen Ansatz®“ stärkt *medica mondiale* regionale Initiativen. So wird Unterstützung für Frauen und Mädchen langfristig gesichert und in der Gesellschaft verankert.

Heute gibt es unabhängige Partnerorganisationen in Bosnien und Herzegowina, im Kosovo, in Albanien, in Afghanistan und in Liberia. Mit ihrem Projektfonds fördert *medica mondiale* derzeit außerdem Frauenorganisation in Burundi, der DR Kongo, Ruanda, Uganda, dem Westbalkan und seit 2015 auch im Nordirak.

Die Gründerin und Vorsitzende der Organisation, Dr. Monika Hauser, wurde für ihre Arbeit mehrfach ausgezeichnet. 2008 erhielt sie den Right Livelihood Award, den Alternativen Nobelpreis.

<https://www.medicamondiale.org/>

### Kontakt:

medica mondiale e.V.

Helena Haack

Pressereferentin

Telefon: 0221- 931898-25

Mail: [presse@medicamondiale.org](mailto:presse@medicamondiale.org)